

GRÜNE STADT

..... DAS MÖDLINGER GRÜNE BLATT
Ausgabe 2/2022



**DIE GRÜNE ZEITUNG
IM STADTARCHIV**

Seite 2

WANDERKINO 2022

Seite 4

**HIRSCHMUGL KG
NATÜRLICHE BAUSTOFFE**

Seite 6

**SÜDBAHN
RADHIGHWAY**

Seite 8

**STURM UND KLANG
2023**

Seite 10

**SO WIRD DAS NIX –
ARTENSCHUTZ**

Seite 12



Foto: © Die Grünen Mödling

*Mitglieder des Bezirksvorstands der GRÜNEN auf dem südbahnbegleitenden Radweg in Mödling: v. l.: Bundesrätin und Bezirkssprecherin des Grünen Gemeindevertreter*innenverbands Simone Jagl, Bezirksverantwortlicher Alfred Trötzlmüller, Bezirkssprecherin Martha Günzl, Vorstandsmitglieder Wolfgang Bernhuber und Monika Hobek*

Im Zuge des 4-gleisigen Südbahn-Ausbau besteht die einmalige Chance, den lange geforderten Radschnellweg zwischen Liesing und Guntramsdorf in erforderlicher Qualität zu errichten. Seitens des Landes Niederösterreich gefährden zögerliches Handeln der ÖVP und Radfahr-Phobie der FPÖ dieses wichtige Projekt.

Seit rund zehn Jahren wird von der Radlobby und von den GRÜNEN in den betroffenen Gemeinden der Ausbau eines Radschnellweges entlang der Südbahn zwischen Liesing und Guntramsdorf gefordert. Damit soll eine attraktive Verbindung für den Alltagsradverkehr geschaffen werden, die ein dicht besiedeltes Gebiet erschließt.

Wenn ein Südbahn-Radschnellweg gut an das überörtliche und örtliche Radwegnetz der Anrainergemeinden angebunden wird, macht er das Zurücklegen von Alltagswegen mit dem Fahrrad attraktiver und trägt gleichzeitig zu einer besseren Erreichbarkeit der Bahnhöfe mit dem Fahrrad bei. Der südbahnbegleitende Radweg wurde mit Priorität 1 in das von der NÖ Landesregierung initiierte „RADLgrundnetz Mödling“ aufgenommen.

Die ÖBB planen derzeit den viergleisigen Ausbau der Südbahn zwischen Wien Meidling und Mödling, der unge-

fähr in den nächsten zehn Jahren realisiert werden soll. Das bedeutet, dass gleichzeitig und in Abstimmung mit den ÖBB-Planungen auch der Rad-schnellweg entlang der Südbahn geplant werden muss, um zu verhindern, dass sinnvolle Lösungen für den Radweg im Zuge des Bahnausbaues verbaut werden. Mit einer gleichzeitigen und abgestimmten Planung können auch Synergien in der Planung und bei der Bauausführung genutzt werden. Die NÖ Landesregierung hat daher eine Machbarkeitsstudie für einen bahnbegleitenden Radschnellweg erstellen lassen und nun die Entwurfsplanung dafür in Auftrag gegeben..

UVP-Einreichpläne ohne Radweg

Die ÖBB sind allerdings schon etwas weiter und bereiten die Einreichpläne für die Umweltverträglichkeitsprüfung ihres Bahnprojekts vor. In den letzten ÖBB-Plänen scheint allerdings kein durchgehender Radweg auf. Die Radwegplanungen des Landes Nieder-ös-

terreich hätten noch nicht jene Tiefe, die für deren Einbindung in die UVP-Pläne erforderlich ist, heißt es seitens der ÖBB. Wenn auch die ÖBB natürlich keinen gesetzlichen Auftrag haben, Radwege zu planen und zu bauen, ist es wichtig, die Bahnausbau-planung mit den Radwegplanungen zu koordinieren und Synergien zu nutzen, zumal die geplanten Radwege auch wichtige Zubringer zu den Bahnhöfen darstellen und eine Steigerung sowohl des Bahn- als auch des Radverkehrs zur Erreichung der Klimaziele notwendig ist.

Resolution: Gemeinsam eine Lösung finden!

Der Bezirkskongress der GRÜNEN im Bezirk Mödling hat daher eine Resolution beschlossen, in der alle beteiligten Stellen des zuständigen Bundesministeriums, der ÖBB und der Länder Niederösterreich und Wien aufgefordert werden, eine aufeinander abgestimmte Planung und Ausführung des Bahnausbaues und des Radschnellweges zu

ermöglichen und für allfällige rechtliche oder andere Probleme, die dies behindern würden, sinnvolle Lösungen zu finden.

Alle angesprochenen Personen haben die Resolution Mitte April erhalten. Bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe gibt es zwei Antworten:

- Landeshauptfrau Mikl-Leitner hat die Resolution an FPÖ-Landesrat Landbauer weitergeleitet, der für Mobilität zuständig ist. (Landbauer ist ohnedies auch selbst Empfänger der Resolution.)
- Die ÖBB-Infrastruktur AG teilt mit, dass es laufend Abstimmungen mit der Stadt Wien, dem Land Niederösterreich und den jeweiligen Planer*innen gebe und dort technische und rechtliche Fragen besprochen würden. Die ÖBB-INFRA betreibe aber Eisenbahn- und nicht Fahrrad-Infrastruktur. Dort, wo es relevante technische Abhängigkeiten

zwischen dem viergleisigen Ausbau und einem Fahrradschnellweg gebe, würden diese aber mitbetrachtet. Die ÖBB-Infrastruktur AG sei sehr bemüht, eine optimale Lösung für alle Beteiligten zu finden. Dadurch, dass die Planungen des Fahrradschnellweges aktuell noch den Stand einer Machbarkeitsstudie hätten, könnten diese noch nicht als Kontextprojekt zu den UVP-Planungen der ÖBB aufgenommen werden. Dies wäre erst möglich wenn sie die Tiefe einer Einreichplanung hätten.

ÖVP/FPÖ-Koalition: Alltagsradwege kein Thema

Im neuen Regierungsprogramm der niederösterreichischen ÖVP/FPÖ-Koalition fällt auf, dass dort Radfahren und Radinfrastruktur kaum erwähnt sind: Nur im Zusammenhang mit Tourismus-Marketing wird Niederösterreich als „Radland Nummer eins“ erwähnt, der Alltagsradverkehr ist überhaupt kein Thema. Das lässt die Befürchtung aufkommen, dass das Projekt in Zukunft vom Land

Niederösterreich möglicherweise noch weniger als bisher oder gar nicht unterstützt wird.

Nachdem Radwege in Niederösterreich bisher generell in die Zuständigkeit der Gemeinden fallen und dies die Realisierung überörtlicher oder regionales Radwegprojekte erschwert, hat es vor der Landtagswahl Überlegungen gegeben, die Rad-Schnellwege in das Landesstraßengesetz zu übernehmen und damit die Zuständigkeit für deren Planung und Bau der Landesverwaltung zu übertragen. Ob diese Absicht auch nach der Landtagswahl unter einem FPÖ-Landesrat noch besteht, ist nicht bekannt.

Die GRÜNEN wollen dazu im Landtag eine Anfrage stellen, damit die Türkis-Blau Koalition Farbe bekennen muss.



.....Alfred Trötz Müller.....

Resolution, beschlossen vom Bezirkskongress der GRÜNEN | Bezirk Mödling am 21. März 2023 in Perchtoldsdorf



An:

1. Frau Leonore Gewessler, BA, Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie
2. Frau Mag.^a Johanna Mikl-Leitner, Landeshauptfrau von Niederösterreich
3. Herrn Udo Landbauer, MA, Landeshauptfrau-Stellvertreter von Niederösterreich, zuständig für Mobilität und Sport,
4. Herrn Dr. Michael Ludwig, Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien
5. Frau Mag.^a Ulrike Sima, Wiener Amtsführende Stadträtin für Innovation, Stadtplanung und Mobilität
6. Herrn Ing. Mag.(FH) Andreas Matthä, Vorstandsvorsitzender der ÖBB-Holding AG
7. Frau DIⁱⁿ Judith Engel, MBA, MSc, MSc, Vorstandsmitglied der ÖBB-Infrastruktur AG, zuständig für Netzausbau und Infrastrukturbereitstellung

Betreff: Südbahnausbau – Radschnellweg entlang der Südbahn

Zukunftsforderung

Der Mödlinger Bezirkskongress der GRÜNEN Niederösterreich fordert daher alle beteiligten Stellen des zuständigen Bundesministeriums, der ÖBB und der Länder Niederösterreich und Wien auf, eine aufeinander abgestimmte Planung und Ausführung des Bahnausbaues und des Radschnellweges zu ermöglichen und für allfällige rechtliche oder andere Probleme, die dies behindern würden, sinnvolle Lösungen zu finden.